

**Auszug aus der Niederschrift
über die 05. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 09.04.2019**

Zu TOP : 4.2

An den Finanzausschuss: Besteuerung der öffentlichen Hand

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0026/2019

Herr Nitsche führt zum Thema aus und erinnert, dass die Hansestadt Stralsund eine Optionserklärung abgegeben hat. Somit muss die Umsetzung bis 31.12.2020 erfolgen.

Bevor die Optionserklärung abgegeben wurde, erfolgte eine Abfrage der Ämter. Dazu liegt ein Rücklauf vor. Nunmehr wurde seine Planstelle geschaffen und er ist jetzt mit der Aufarbeitung des Themas betraut.

Es wurden verschiedene Gespräche mit den Ämtern geführt und es wurde eine Abfrage gestartet. Mit den Ergebnissen konnte eine Erfassungstabelle erstellt werden.

Mit dem Bauamt sind alle Abfragen abgeschlossen, die weiteren Ämter folgen.
Alle bestehenden Verträge werden zusammengestellt und bewertet.

Parallel werden Gespräche mit dem Kämmereramt und dem Softwareanbieter geführt, um die Buchhaltungssoftware anzupassen.

Es handelt sich um ca. 600 einnahmeseitige Sachkonten, in denen pro Sachkonto ca. 3-4 verschiedene Sachverhalte stecken. Diese gilt es alle zu beurteilen.

Es ist mit keiner Fertigstellung bis Ende Mai 2019 zu rechnen.

Herr Pieper erfragt, ob eine Schnittstellen für das Finanzamt zur Verfügung steht. Dazu führt Herr Nitsche aus, dass dem Finanzamt mit der Optionserklärung eine geschätzte Summe bezüglich der Umsatzsteuer mitgeteilt wurde.
Die aktuellen Zahlen können erst nach erfolgter Inventur genannt werden.
Frau Steinfurt teilt mit, dass in der Vergangenheit bereits Prüfungen vom Finanzamt durchgeführt wurden.

Herr Kinder erfragt, ob eine fristgerechte Umsetzung möglich sein wird.
Herr Nitsche teilt dazu mit, dass eine Priorität der Sachverhalte gesetzt werden muss. Zur fristgemäßen Umsetzbarkeit kann er keine bindende Aussage tätigen.
Herr Kinder schlägt vor, dass der Ausschuss Hilfe leisten könnte, wenn die Verwaltung die Umsetzung zeitlich nicht leisten kann.

Herr Meier stellt fest, dass die Umsetzung der Inhalte des Antrages seitens der Verwaltung forciert werden. Er schlägt vor, dass die Verwaltung fortlaufend zum Projekt der Umsatzsteuer berichtet.

Die Mitglieder sind mit der Vorgehensweise mehrheitlich einverstanden.

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 12.04.2019